

NRW setzt Windkraft engere Grenzen

Neuer Landesentwicklungsplan ändert rot-grüne Vorgaben

■ Von Hilmar Riemenschneider

Düsseldorf (WB). Es ist die Woche der Rückabwicklung: Erst hat die schwarz-gelbe Koalition die Hochschulpolitik ihrer rot-grünen Vorgängerregierung eingekassiert, am Freitag korrigierte sie dann wesentliche Weichenstellungen im Landesentwicklungsplan (LEP).

Im Landtag beschlossen die Fraktionen von CDU und FDP die überarbeitete Planungsgrundlage, mit der sie weitreichende Erleichterungen für Kommunen und Unternehmen schaffen wollen. Entsprechend scharf fiel die Kritik der Opposition aus. »Entfesseln ist nur eine neue Chiffre für das alte Privat-vor-Staat«, sagte SPD-Fraktionsvize Marc Herter. Darin

setze die Regierung viele Wirtschaftsinteressen um, ohne für einen sozialen oder ökologischen Ausgleich zu sorgen. »Wir müssen sowohl dem ländlichen Raum als auch den Städten bessere Entwicklungsmöglichkeiten geben«, verteidigte Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) die Änderungen.

Energie: Heftig umstritten bleibt die neue Abstandsregel, wonach neue Windräder 1500 Meter Distanz zu Wohnsiedlungen halten müssen. Das Sorge dafür, dass durch den Ausbau in anderen Regionen nicht wie im Paderborner Land »ein Stück Heimat verloren geht«, sagte Pinkwart. Dagegen hielt ihm der Grünen-Abgeordnete Horst Becker vor, die Regel ste-

he Bundesrecht entgegen: »Sie begehen Rechtsbruch.« Im Wald sollen Windkraftanlagen nur noch mit Sondererlaubnis entstehen.

Flächen: Die rot-grüne Vorgabe, dass nur fünf Hektar Fläche pro Tag versiegelt werden dürfen, entfällt. Auch kleine Kommunen können wieder Bauland ausweisen, ebenso sollen Gewerbeflächen leichter verfügbar sein. Davon profitiert laut Pinkwart die Forschungsfertigung Batteriezellen, für die in Münster kurzfristig 20 Hektar benötigt werden. Die Grünen erwarten nun einen »ungezügelter Flächenfraß«.

Wirtschaft: Der umstrittene Abbau von Kies als wichtiger Rohstoff besonders für die Bauindust-

rie wird um fünf auf 25 Jahre verlängert. Die betroffenen Kommunen haben bereits eine Klage beim Oberverwaltungsgericht Münster angekündigt, sie verlangen eine konkrete Bedarfsplanung, weil nach ihrer Meinung der meiste Kies exportiert wird.

Landwirtschaft: Die Regel, wonach große Stallanlagen nur in Gewerbegebieten gebaut werden dürfen ist gestrichen. »Ställe gehören auf die Höfe«, stellte der CDU-Wirtschaftsexperte Henning Rehbaum klar.

Senne: Die Pläne für einen Nationalpark Senne haben CDU und FDP gestrichen, als Biotopverbund soll die Senne aber geschützt werden.



Häufiger Zankapfel: Neue Windräder müssen 1500 Meter Abstand zu Wohnsiedlungen einhalten. Foto: Hannemann